

ÜBERGÄNGE DEMOKRATIETAUGLICHER GESTALTEN

**Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des
Übergangs Schule – Beruf von der Fachgruppe
„Visionen für den Übergangsbereich“**

Januar 2024

Die Fachgruppe „Visionen für den Übergangsbereich“ etablierte sich aus Teilnehmenden der Tagung „Übergangssystem Revisited“, die am 27. und 28. April 2023 in Berlin stattfand, sowie aus weiteren interessierten Fachpersonen. Die Gruppe setzt sich aus Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis, sowie Vertreter*innen von Stiftungen sowie aus Bildungspolitik und Verwaltung zusammen. Konkret besteht die interdisziplinäre Fachgruppe etwa aus Dozierenden und Professor*innen, Vertreter*innen aus Ministerien und Arbeitsagenturen, Expert*innen am Übergang Schule-Beruf sowie Praktiker*innen aus Modellprojekten.

Die Fachgruppe möchte neue Impulse und gezielte Handlungsvorschläge für Politik und Verwaltung formulieren, die zu einer positiven Veränderung des Übergangsbereichs beitragen können. Begleitet wird die Fachgruppe von der Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem.

Wir freuen uns, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Richten Sie Ihre Anfragen, Hinweise und Vernetzungswünsche gern per E-Mail an: t.berg@minor-kontor.de



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG



Die Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ ist ein Projekt von:

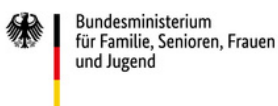
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
www.minor-kontor.de

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und die Robert Bosch Stiftung.

Autorinnen: Marlene Leisenheimer, Anne Maria Fröhlich Zapata, Tanja Berg
Herausgeberin: Tanja Berg

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



ÜBERGÄNGE

DEMOKRATIETAUGLICHER

GESTALTEN

Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des Übergangs Schule –
Beruf von der Fachgruppe „Visionen für den Übergangsbereich“
Januar 2024

Der Übergangsbereich macht neben dem dualen System und dem Schulberufssystem den dritten Teilbereich der beruflichen Bildung aus. Die Angebote dieses Bildungsbereichs umfassen schulische Bildungsgänge sowie verschiedene Programme von Bund und Ländern, z. B. die Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB), die Einstiegsqualifizierung (EQ) oder die Berufliche Orientierung für Zugewanderte (BOF). Gemeinsam ist diesen Angeboten, dass sie keinen beruflichen Abschluss vermitteln, sondern auf die Verbesserung berufsbildungsrelevanter Kompetenzen und somit auf die Einmündung in eine berufliche Ausbildung abzielen. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl weiterer Angebote und Leistungen zur Teilhabe und beruflichen Eingliederung, die verschiedene Gesetzbücher zur Grundlage haben, die mit Coaching, Beratung und Aktivierungshilfen junge Menschen in der Übergangsphase in die Beschäftigung adressieren.

Die Angebote der Übergangsgestaltung sind sehr vielfältig und unübersichtlich. In der Bildungsforschung, -politik und -verwaltung sind kritische Stimmen zum Übergangsbereich keine Seltenheit. Diese münden regelmäßig in Forderungen nach seiner Abschaffung, die wiederum der Einsicht zum Opfer fallen, dass es an veritablen Alternativen mangelt, um die Chancen junger Menschen auf einen gelungenen Übergang in Beruf oder Ausbildung zu verbessern. Deren Anzahl ist signifikant: 2021 waren ca. 630.000 junge Erwachsene in Deutschland zwischen 15 und 24 Jahren nicht in schulischer oder beruflicher Bildung, einem Studium oder einer Beschäftigung involviert. Viele von ihnen münden in den Übergangsbereich. Allen voran jene, die keinen, keinen anerkannten oder einen niedrigen Schulabschluss vorweisen können (Dohmen et al. 2023: 6).

Problematisch ist, dass die Angebote des Übergangsbereichs in ihrer Konzeption häufig nicht von den individuellen Erfahrungen und Perspektiven der Jugendlichen ausgehen, sondern vorrangig auf die Integration in den Arbeitsmarkt abzielen. Jungen Menschen mit niedrigen Schulabschlüssen werden dadurch nicht die gleichen Freiheiten und Möglichkeiten hinsichtlich Orientierung und inhaltlicher Ausgestaltung ihrer Übergangsphasen zugestanden wie beispielsweise Abiturient*innen. Stattdessen dominiert das Narrativ, sie würden aufgrund individuellen Scheiterns im Übergangsbereich verweilen und zunächst „ausbildungsreif“ gemacht werden müssen.

Dieser defizitorientierte Blick hat zur Folge, dass individuelle Stärken und Fähigkeiten nicht angemessen anerkannt werden. Die jungen Menschen sehen sich einem rigiden Ausbildungssystem gegenüber, in dem nicht ausreichend auf individuelle Bedarfe eingegangen wird und das stigmatisierend wirkt. In seiner aktuellen Ausgestaltung kann der Übergangsbereich als diskriminierend bezeichnet werden. Dies hat nicht zuletzt, wie u. a. die Jugendstudie der Vodafone Stiftung zeigt, demokratiegefährdende Folgen: Fast 70% der jungen Menschen, vor allem jene mit niedrigeren Schulabschlüssen, haben das Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit und politischer Einflussnahme. Mehr als die Hälfte der Befragten ist mit der Demokratie unzufrieden: Je niedriger der formale Bildungshintergrund, desto negativer fällt die Beurteilung der deutschen Demokratie aus (Vodafone Stiftung Deutschland 2022: 15).

Vorschläge für umfassende diskriminierungskritische Reformen sowie Visionen für die Gestaltung der Übergangsphase in die Ausbildung, das Berufsleben *und* die gesellschaftliche Teilhabe sind daher dringend geboten. Dies birgt die Chance, deutlich mehr junge marginalisierter Menschen mit guten, maßgeschneiderten und demokratiefördernden Bildungsangeboten zu erreichen. Der Übergangsbereich könnte so zu einem Ort für zukunftsweisende Bildungskonzepte und systemische Innovationen avancieren, der berufliche Orientierung, persönliche Entwicklung und politischen Bildung ermöglicht, um den genannten Herausforderungen zu begegnen und Chancengleichheit zu befördern.

Diese Überlegungen sind Ausgangspunkt einer Debatte unter Fachexpert*innen über demokratiefördernde Visionen für den Übergang Schule-Beruf, die ihren Anfang bei einer im April 2023 durchgeführte Tagung der „Fachstelle Übergangssystem“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ nahm und weiterer Diskussionsrunden nach sich zog. Das vorliegende Positionspapier beinhaltet die zentralen Ergebnisse des Arbeits- und Diskussionsprozesses dieser interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe von Fachkräften und Forscher*innen und adressiert politische Entscheidungsträger*innen und Verwaltungsakteure sowie Träger und Bildungseinrichtungen des Übergangsbereichs.

Es werden drei Handlungsfelder skizziert und konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, die dazu anregen, den Übergangsbereich partizipativer und demokratischer zu gestalten. Die Begriffe Wertschätzung und Anerkennung bilden die theoretischen Ausgangspunkte für die Reformvorschläge und werden zunächst kurz dargelegt. Anschließend skizzieren wir drei Aspekte, die für eine Reform des Übergangsbereichs relevant sind. Diese umfassen, erstens, die Auseinandersetzung mit Diskriminierungsdimensionen, zweitens, die Orientierung von Bildungsinhalten an den individuellen Interessen und Perspektiven junger Menschen und, drittens, die wertschätzende Beratung und Begleitung während dieser entscheidenden Bildungsphase.

Ausgangspunkt: Wertschätzung und Anerkennung

Die Anerkennung und Wertschätzung junger Erwachsener, sowohl durch Lehrpersonen als auch auf systemischer Ebene, sind von zentraler Bedeutung für deren Selbstwahrnehmung und leisten einen entscheidenden Beitrag zu ihrem Bildungserfolg. Der Übergang Schule-Beruf stellt häufig die letzte Gelegenheit innerhalb des Bildungssystems dar, Jugendliche und junge Erwachsene mit Bildungsangeboten (Inhalten, Methoden und Projekten) zu erreichen, sie so für demokratische Werte und Haltungen zu gewinnen und ihre Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe zu verbessern (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie 2019; Weiß 2020). Übergänge sind ein inhärenter Bestandteil des Lebens und der Lernbiografie jedes Menschen. Der Übergang Schule-Beruf stellt eine maßgebliche Phase für die Identitätsentwicklung junger Menschen im Hinblick auf ihre Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft dar. Bildungsangebote im Übergangsbereich müssen diese sensible biographische Phase bestmöglich begleiten. Es gilt, die Jugendlichen hin zu einer „erwerbsbiografischen Selbstverantwortung“ zu unterstützen, ihnen also zu ermöglichen, das Selbst im Kontext der Außenwelt zu reflektieren, um Autonomie im Handeln und Verantwortung für den eigenen Lebensweg zu übernehmen (Neises/Weiß 2023). Zugleich ist es wichtig, dass Bildungs- und Beratungsinitiativen Räume für Erfahrungen schaffen, welche die politische Beteiligung und das berufliche Engagement fördern. Dies unterstützt junge Menschen dabei, Eigenverantwortung zu entwickeln und sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen (Anslinger/Klee 2023).

Im folgenden Abschnitt skizzieren wir drei Handlungsfelder und -empfehlungen, die Impulse für Reformen und Verbesserungen am Übergang Schule Beruf geben.

Handlungsempfehlung 1: Diskriminierungsfreie Übergänge gestalten

Der Übergangsbereich könnte und sollte einen entscheidenden Beitrag zur beruflichen und gesellschaftlichen Orientierung und Entwicklung junger Menschen leisten. Eine Phase beruflicher Findung und des Ausprobierens von Alternativen sollte allen Jugendlichen, unabhängig von ihrem schulischen Abschluss, zugestanden werden, denn Orientierungsphasen nach der Schule sind für junge Menschen von enormer Bedeutung. Voraussetzung dafür ist es jedoch, bestehende Ungleichheiten, Diskriminierungen und Stigmatisierungen im Kontext des Übergangsbereichs abzubauen.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Gestaltung diskriminierungsfreier Übergänge ist eine kritische Auseinandersetzung mit den vorhandenen Mechanismen der Diskriminierung im Übergangsbereich. Dessen Angebote sollten deshalb sowohl diversitätssensibel als auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse offenlegend gestaltet sein. Ein positiver Blick auf die Stärken und Fähigkeiten der jungen

Menschen und sie als Lernende mit gesellschaftlicher Verantwortung anzusprechen, erscheint uns hilfreicher als einen attestierten Mangel an Ausbildungsreife (Steib 2022: 85; Dohmen et al. 2023: 16) als Stigma zu setzen.

Ein offener Zugang zu den Angeboten im Übergangsbereich grundsätzlich für alle Jugendlichen nach dem Schulabschluss, wäre eine Aufwertung. Statt in einem separaten System als "nicht ausbildungsfähig" oder "benachteiligt" stigmatisiert zu werden, sollte allen Schulabgänger*innen eine solche Phase der Orientierung ermöglicht werden.

Etablierte, eher Abiturient*innen vorbehaltene Übergangsangebote wie Freiwilligendienste, Gap Years, Work and Travel usw. könnten auch für Maßnahmen des Übergangsbereichs erschlossen werden. Diese stehen zwar grundsätzlich allen offen, jedoch sind sie überwiegend so konzipiert, dass sie vor allem für bürgerlich sozialisierte Jugendliche, die finanzielle Unterstützung durch ihre Familien erfahren, ansprechend sind. Ein inklusiverer Ansatz unter Berücksichtigung spezifischer Ausgangslagen, wie begrenzter finanzieller Ressourcen oder Minderjährigkeit wäre jedoch wünschenswert (Enggruber et al. 2012). Ein solches Moratorium bietet die Gelegenheit, neue Erfahrungen zu machen, außerhalb schulischer Strukturen zu arbeiten, zu lernen und sich zu engagieren.

Dies veranschaulicht die Potenziale, die eine ganzheitliche Betrachtung von Übergangsphasen birgt, und deutet zugleich auf erste Herausforderungen hin, die der gegenwärtige Übergangssektor bewältigen muss: Die Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf sollte sowohl zeitlich als inhaltlich individueller gestaltbar sein, um den Bedürfnissen junger Menschen besser gerecht zu werden. Zudem bedarf es einer höheren Wertschätzung gegenüber den Jugendlichen selbst sowie dem Fachpersonal. Um eine langfristige und nachhaltige Planung zu ermöglichen und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen, Begleitungs- und Beratungsfachkräfte zu schaffen, sollten die Förderungen und Zuschläge für Bildungsträger langfristiger ausgelegt sein und Instrumente der Qualitätssicherung beinhalten.

Wir empfehlen, dass:

- *Bildungspolitik und Wissenschaft die Forschung zu den Zusammenhängen von Diskriminierung und Marginalisierung fördern bzw. intensivieren und Forschungsergebnisse für ein breites Publikum, insbesondere die Bildungspraxis, aufbereiten und zugänglich machen.*
- *Bildungspolitik und -verwaltung eine überjährige Förderung für freie Bildungsträger vorsehen, die mehr Planungssicherheit und Kontinuität gewährleistet, um einer arbeitsmarktpolitischen Benachteiligung der Angestellten entgegenzuwirken.*
- *Alle Akteure am Übergang Schule-Beruf der Stigmatisierung im Übergangsbereich aktiv entgegenwirken. Dafür können*

*diskriminierungskritische Programme und Schulungen für Akteure im Übergangsbereich gefördert werden. Diese Schulungen sollen für Diskriminierungen sensibilisieren, zur Selbstreflexion der individuellen Haltung anregen, institutionelle Reformen anstoßen und Handlungsspielräume im Umgang mit Vielfalt und Unterschiedlichkeit aufzeigen. Wir schlagen vor, dass die verantwortlichen Institutionen wie beispielsweise die Landesinstitute für Lehrer*innen-Fortbildungen, die Bundesagentur für Arbeit, die Jugendberufsagenturen sowie die freien Träger entsprechende Schulungsangebote flächendeckend erweitern oder neu etablieren.*

Handlungsempfehlung 2: Partizipation, Flexibilisierung, Freiwilligkeit und Kreativität als Schlüsselbegriffe der Bildung am Übergang

Partizipation, Flexibilität und Freiwilligkeit ermöglichen jungen Erwachsenen, ihre Übergangsphasen besser zu gestalten und sich aktiv in diesen Prozess einzubringen. Zusätzlich fördert Kreativität die Selbstwirksamkeitserwartung der Jugendlichen und sie trägt dazu bei, dass die berufliche Bildung den individuellen Bedürfnissen und Zielen der Jugendlichen mehr entspricht.

Partizipation ermöglicht es Jugendlichen, aktiv an Entscheidungen, die ihren Übergang betreffen, teilzunehmen. Partizipation fördert die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Jugendlichen, da sie lernen, Entscheidungen zu treffen und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen abschätzen und integrieren zu können. Jugendliche mit hoher Selbstwirksamkeitserwartung sind dabei selbstbewusster, motivierter, resilienter und übernehmen Verantwortung für ihr eigenes Handeln. Dies befähigt sie, Übergangsphasen zu gestalten und Herausforderungen zu meistern. Daher ist die Förderung der Selbstwirksamkeitserwartung und damit die Implementierung von Partizipation in Übergangsangeboten wichtig für den Erfolg junger Menschen in dieser Lebensphase. Die Achtung der Entscheidungen der Jugendlichen ist dabei ein wichtiger Aspekt (Eikel 2006; Gras 2023; Ehnert/Hädicke 2020).

Freiwilligkeit ist grundsätzlicher Ausgangspunkt eines erfolgreichen Bildungsprozesses und bedeutet, dass die jungen Erwachsenen die Möglichkeit haben, Bildungs- und Berufspfade nach ihren eigenen Wünschen und Interessen zu wählen. Freiwilligkeit respektiert die Autonomie der Jugendlichen und vermeidet Zwang oder Stigmatisierung, was zu einer positiveren Einstellung und größerem Lern-Engagement führen kann (Leisenheimer et al. 2023).

Die **Flexibilisierung** der Angebote und Bildungsgänge im Übergangssystem ist ein entscheidender Schritt zur individuellen Anpassung an die Interessen, Stärken und Bedürfnisse der Jugendlichen. Dies kann durch Modularisierung erreicht

werden, wodurch bestimmte Elemente je nach den individuellen Voraussetzungen ausgewählt werden können. Es ist dabei wichtig sicherzustellen, dass diese Modularisierung nicht zu einer Minderung der Transparenz der Inhalte und Anschlussperspektiven von Bildungsangeboten führt, sondern den Akteur*innen und Trägern vor Ort ermöglicht, gezielt auf die konkreten Bedürfnisse und Herausforderungen der Jugendlichen einzugehen. Wahlmöglichkeiten tragen dazu bei, dass Jugendliche nicht nur mehr von den Angeboten profitieren, sondern auch Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und entwickeln (Enggruber et al. 2021). Diese Flexibilisierung sollte in eine Struktur eingebettet sein, die sowohl Orientierung als auch Unterstützung für diejenigen anbietet, die von offenen Formaten erst einmal überfordert werden und ihnen helfen, positive Erfahrungen mit Flexibilität zu machen.

Kreativität spielt eine entscheidende Rolle in Bildungsprozessen, indem sie die Fähigkeit zur Problemlösung und zur Selbstexpression unterstützt und die Lernmotivation fördert. Sie trägt zudem zu einer positiven sozialen und emotionalen Entwicklung bei. Dies sollte sich in den Inhalten der Bildungsangebote im Übergangsbereich widerspiegeln. So können individuelle Bedürfnisse, Fähigkeiten und Vorlieben der Jugendlichen in den Vordergrund gerückt werden und die Selbstwirksamkeit und das Selbstbewusstsein gestärkt werden (Scharf 2019; Holm 2023). Neben der fachlichen Orientierung sollte der Übergangsbereich deshalb auch Raum für kulturelle und politische Bildung bieten und Angebote integrieren, die Zugänge zu Kunst, Kultur, Kreativität und Körper-Erleben fördern.

Die Vernetzung der relevanten Akteure im Übergangsbereich ist von entscheidender Bedeutung, um eine nahtlose Unterstützung für die Jugendlichen sicherzustellen. Die Kooperation und Kommunikation zwischen Schulen, Jugendberufsagenturen und anderen relevanten Akteuren sollte intensiviert und ausgebaut werden, um den Übergang für die Jugendlichen zu erleichtern und deren bedürfnis-orientierte Begleitung zu verbessern (Enggruber et al. 2021).

Wir empfehlen, dass:

- *Jugendliche in die Gestaltung der Curricula und Lehrmethoden einbezogen werden, um ihre Beteiligung und Mündigkeit zu fördern. Dies erfordert eine Debatte darüber, wie Partizipationsmöglichkeiten und -formen in Bildungsinstitutionen und -verwaltungen lebensnah gestaltet werden können.*
- *Bei der Konzeption von Lehrplänen die Integration von politischer Bildung, von kreativen, kulturellen und künstlerischen Angeboten, die Selbstwirksamkeit und Selbstbewusstsein der jungen Menschen mehr berücksichtigt wird.*
- *Die Vernetzung relevanter Akteure intensiviert wird, um Zielverwirrung und Verantwortungsdiffusion entgegenzuwirken und Wissenstransfer zu gewährleisten.*
- *Die direkten Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in Bildungseinrichtungen und Trägern gestärkt werden.*

Handlungsempfehlung 3: Wertschätzende Begleitung und Beratung

Übergangsphasen sind von Unsicherheiten geprägt (Enggruber et al. 2021). Ein Ziel der Übergangsangebote besteht darin, diese Unsicherheiten durch Orientierungs- und Beratungsangebote abzufedern, um junge Menschen dabei zu unterstützen, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Ausgangspunkt der Begleitungs- und Beratungsprozesse sollten die Wünsche und Vorstellungen der jungen Erwachsenen sein. Dies setzt voraus, dass den jungen Menschen grundsätzlich offen und wertschätzend begegnet wird, ihre Perspektiven ernstgenommen und sie als entscheidungsfähige Personen anerkannt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Beratungsprozesse ergebnisoffen gestaltet werden. Es ist mit den jungen Menschen zu klären, ob die Vermittlung in eine Ausbildung das primäre Ziel ist, oder andere Themen wichtiger sind.

Die Kriterien, nach denen **fördernde Beratung** erfolgt, stellen pädagogische Leitprinzipien in den Fokus und unterstützen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch eine fachliche Intervention in ihrer Entscheidungsfindung. Das heißt im Umkehrschluss, dass sie von allen Seiten nicht als ein Verwaltungsakt verstanden werden sollte (Kohn 2020). Beratungen sollten sich an folgenden Leitlinien orientieren:

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen entscheiden selbst über das Thema der Beratung, sie sollte an den subjektiven Interessen der Jugendlichen ansetzen und ergebnisoffen sein. Ergebnisoffenheit sehen wir als demokratisches Merkmal für den Übergang. Entscheidend für die Qualität der Beratung sind die Haltungen und Kompetenzen der Beratenden. Dazu zählen fachliche, kommunikative und soziale Fähigkeiten, ebenso wie eine wertschätzende und demokratische Einstellung. Dazu zählen Problemlösungskompetenz und Reflexionsfähigkeit ebenso wie ein empowernder Umgang mit den Klient*innen. Die Qualitätssicherung der Beratung erfolgt auch im Übergangsbereich sinnvollerweise nach den anerkannten Standards der Profession.

Förderlich wären stärkere spezifische, rechtskreisübergreifende Vernetzungen der am Unterstützungssystem junger Menschen Beteiligten. Der Ausbau sowohl aufsuchender als auch stationärer Angebote würde die Qualität und Bedeutung der Beratungen deutlich verbessern.

Die Begleitung Jugendlicher und junger Erwachsener durch eine Übergangsphase sollte Ansatzpunkt der Bildungsangebote sein. Dafür ist es notwendig, sich von einer traditionellen Lehrer*in-Schüler*in-Dynamik zu lösen. Es geht darum, pädagogische Fachkräfte stärker als Begleitpersonen für den Bildungsprozess der jungen Menschen zu verstehen, anstatt sie primär als Wissensvermittler*innen oder Disziplinierungspersonal einzusetzen.

Sie unterstützen die Jugendlichen bei individuellen Herausforderungen, Problemlagen oder Entwicklungsaufgaben und moderieren Gruppenprozesse und Projekte. Mit diesem Ansatz können die jungen Menschen lernen, Verantwortung für sich selbst sowie für die Gruppe zu übernehmen. Das führt zu mehr Eigenständigkeit, weniger Zwang und mehr Motivation. Auch mit Blick auf Partizipation und Flexibilisierung ist es hilfreich, wenn die Jugendlichen durch spezifische Formate in die Entscheidungen über Lerninhalte und -ziele einbezogen werden und die Lernprozesse auch in dieser Hinsicht aktiv mitgestalten.

Wir empfehlen, dass:

- *Das Angebot an rechtskreis- und trägerübergreifenden Fortbildungen für Beratende in den in den Jugendberufsagenturen (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Jugendhilfe), freien Trägern und ähnlichen Einrichtungen ausgebaut wird. Gemeinsame Fortbildungen erlauben mehr Austausch und gegenseitiges Voneinander-Lernen, um das gemeinsame Ziel vor Augen zu haben.*
- *Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die Forschungsergebnisse aus der Lerntheorie, Psychologie und Bildungswissenschaft für Bildungsakteure in der beruflichen Bildung und im Übergangsbereich zugänglich machen.*
- *Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die die bestehenden Beratungskonzepte und Qualitätsstandards für Beratungspersonal aufbereiten und zugänglich machen.*
- *Beratungsinstitutionen die eigenen Angebote mit einem interdisziplinären Team aus Sozialpädagog*innen, Berufsberater*innen, Therapeut*innen und Ausbilder*innen diverser Geschlechter besetzen, um jungen Menschen individuelle Angebote machen zu können.*
- *Die Jugendberufsagenturen Ergebnisoffenheit in der Beratung als demokratisches Merkmal in ihren Leitlinien verankern.*

Literatur

- Anslinger, Eva; Klee, Andreas (2023). Demokratieförderung im Übergangssystem: Stand der Entwicklung und Ausblick. Abschlussbericht. Kurzstudie, Fachstelle Demokratieförderung im Übergangsbereich des Kompetenznetzwerks Demokratieförderung in der beruflichen Bildung. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH, Berlin.
- Dohmen, Dieter; Hurrelmann, Klaus; Yelubayeva, Galiya (2021): Kein Anschluss trotz Abschluss?! Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung. Studie des FiBS in Kooperation mit der Akademie für Innovative Bildung und Management (aim). Berlin (FiBS-Forum, 76). Online verfügbar unter https://www.fibs.eu/fileadmin/dev/FiBS-Forum_076_Generation_Corona_210322_final_mit_Deckblatt.pdf, zuletzt geprüft am 08.06.2022.
- Dohmen, Dieter; Sandau, Matthias; Bayreuther, Tamara (2023): Monitor Ausbildungschancen 2023. Länderbericht: Nordrhein-Westfalen. Studie für die Bertelsmann Stiftung. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie. Berlin. Online verfügbar unter https://www.fibs.eu/fileadmin/user_upload/Literatur/Monitor_Ausbildungschancen_2023/FiBS_NW_Monitor_Ausbildungschancen_230427_final.pdf, zuletzt geprüft 29.11.2023.
- Ehnert, Katrin; Hädicke, Maximilian (2020): Partizipation wozu? Impulse von Kooperationen zwischen Schulen und Jugendhilfe im Kontext Demokratieförderung. In: Gerhartz-Reiter, Sabine; Reisenauer, Cathrin (Hrsg.): Partizipation und Schule. Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen (Research), Wiesbaden, S. 93–114.
- Eikel, Angelika (2006). Demokratische Partizipation in der Schule. Beiträge zur Partizipationsförderung in der Schule. BLK-Programm “Demokratie lernen und leben”. Berlin. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/q/upload/Demokr._Partizipation_in_der_Schule.pdf, zuletzt geprüft 28.09.2023.
- Enggruber, Ruth; Neises, Frank; Oehme, Andreas; Palleit, Leander; Schröer, Wolfgang; Tillmann, Frank (2021). Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Für ein inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive. Expertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. Berlin/Bonn/Düsseldorf/Halle/Hildesheim. Online verfügbar unter <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/expertise-uebergang-zwischen-schule-und-beruf-neu-denken-fuer-ein-inklusives-ausbildungssystem-aus-menschenrechtlicher-perspektive/>, zuletzt geprüft 28.09.2023.
- Gras, Juliana (2023). Demokratiepädagogik im Kontext von Inklusion. Ein Modell der Schüler*innenpartizipation im Klassenrat in inklusiven Settings. Springer VS, Wiesbaden. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-41074-2_3, zuletzt geprüft 28.09.2023.
- Holm, Oliver (2023). Die Rolle der Kreativität in der Pädagogik. Kreativlernkosmos. Online verfügbar unter https://kreativlernkosmos.com/rolle-kreativitaet-paedagogik/#Kreativitaet_in_der_Sekundarstufe_Problemloesung_und_kritisches_Denken, zuletzt geprüft 29.11.2023.
- Kohn, Karl-Heinz P. (2020). Frei beraten, frei entscheiden. Wer Jugendliche an ihrem Übertritt ins Erwerbsleben unterstützen will, darf sie nicht fürsorglich belagern. Überaus. Online verfügbar unter <https://www.ueberaus.de/wws/beratung-freiheit-entscheidung.php>, zuletzt geprüft 29.11.2023.

- Leisenheimer, Marlene; Berg, Tanja (2022). Demokratieförderung im Übergangssystem in Bayern. Bestandsaufnahme und Potenziale. Länderdossier. Fachstelle “Demokratieförderung im Übergangssystem” des Kompetenznetzwerks “Demokratieförderung in der beruflichen Bildung”. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, Berlin. Online verfügbar unter <https://minor-kontor.de/laender-dossier-bayern/>, zuletzt geprüft 28.09.2023.
- Leisenheimer, Marlene; Fröhlich Zapata, Anne Maria; Peukert, Mike; Linnert, Julius; Berg, Tanja (2023). Das Übergangssystem Revisited – Impulse für innovative Ansätze und strukturelle Veränderungen. Dokumentation der Fachtagung am 27. Und 28.04.2023. Fachstelle “Demokratieförderung im Übergangssystem” des Kompetenznetzwerks “Demokratieförderung in der beruflichen Bildung”. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, Berlin. Online verfügbar unter <https://minor-kontor.de/das-uebergangssystem-revisited/>, zuletzt geprüft 28.09.2023.
- Neises, Frank; Weiß, Ulrich (2023). Jugend zwischen Aufbruch und Stagnation. Förderung erwerbsbiografischer Selbstverantwortung am Übergang Schule-Beruf. *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 2 (52), S. 40-43. Online verfügbar unter <https://www.bwp-zeitschrift.de/dienst/publikationen/de/18667>, zuletzt geprüft 29.11.2023
- Scharf, Claudia; Gryl, Inga; Borukhovich-Weis, Swantje; Rott, Benjamin (2019). Kreativität zur Partizipationsförderung. Der Ansatz einer Bildung zur Innovativität. In: Kannler, Kim; Klug, Valeska; Petzold, Kristina; Schaaf, Franziska: *Kritische Kreativität. Perspektiven auf Arbeit, Bildung, Lifestyle und Kunst*; 38. Bielefeld: transcript, S. 205-220.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (2019). Politische Bildung an Berliner Schulen. Berlin.
- Steib, Christian (2022): Das berufliche Übergangssystem im Spiegel der Schwierigkeiten junger Menschen am bildungs- und berufsbiografisch zentralen Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. In: Marcus Eckelt, Thilo Ketschau, Johannes Klassen, Jennifer Schauer, Johannes Karl Schmees und Christian Steib (Hg.): *Berufsbildungspolitik. Strukturen - Krise - Perspektiven*. Bielefeld: wbv (Berufsbildung, Arbeit und Innovation, Band 67), S. 85–102.
- Vodafone Stiftung Deutschland (2022): *Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen*. Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland, unter Mitarbeit von Dr. Johanna BörschSupan, Düsseldorf. Online verfügbar unter <https://www.vodafone-stiftung.de/jugendstudie-2022/>, zuletzt geprüft 04.12.2023.
- Weiß, Ulrich (2020). *Jenseits des Scheiterns*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.